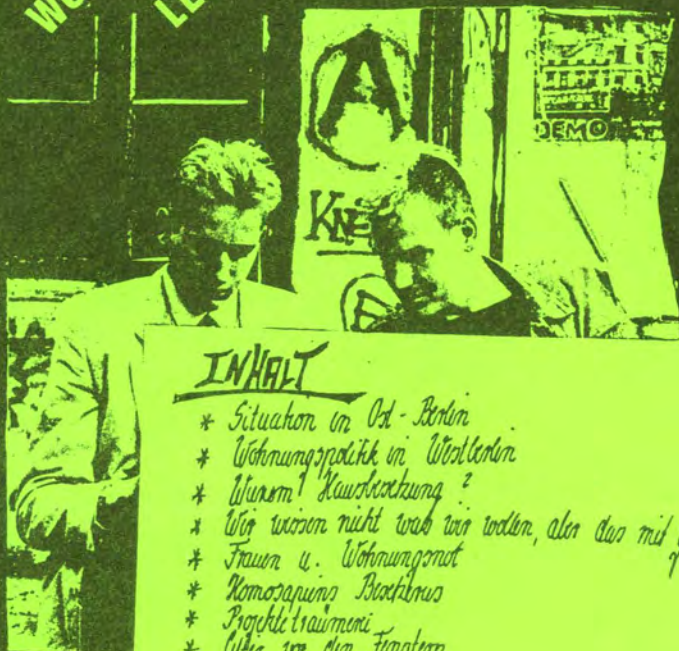


BROSCHÜRE

zu

Wohnraumpolitik und
Hausbesetzungen

WOHNEN
LEBEN



INHALT

- * Situation in Ost-Berlin
- * Wohnungspolitik in Westberlin
- * Warum! Hausbesetzung?
- * Wir wissen nicht was wir wollen, aber das mit ganzer Kraft
- * Frauen u. Wohnungsmiet
- * Homosexuelle Bewohner
- * Projekttraumerei
- * Güter vor den Fenstern
- * Verträge

WARUM HAUSBESETZUNG?



In Ostberlin gibt es viele leerstehende Häuser, um die sich niemand kümmert. Täglich ist in der Zeitung nachzulesen, daß die finanziellen Möglichkeiten des Maggisenats bzw. der Wohnungsbaugesellschaften begrenzt sind. Deshalb haben wir die Häuser aus einer Eigeninitiative heraus besetzt. Wir wollen nicht zusehen, wie sie verfallen, den kommenden Winter aufgrund einer unzureichenden Winterfestmachung nicht überstehen, d. h. völlig unbewohnbar werden und schließlich teuren Neubauten weichen.

Wir renovieren die Häuser selbst und schaffen uns dadurch den Freiraum für ein neues Zusammenleben. Teilweise kannten sich die HausbesetzerInnen vorher garnicht. Durch Alternativen, die wir uns bei der Renovierung überlegen, lernen wir uns selbst und andere mit ihren Ideen kennen. Damit entwickelt sich gleichzeitig ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das uns den Mut gibt, nicht aufzuhören, auch wenn es manchmal zu heftigen Auseinandersetzungen kommt. Einige von uns suchen vor allem Wohnraum, die Meisten aber Zusammenleben in der Gemeinschaft.

Einen Wohnungsmarkt, der die Mietpreise reguliert, kann es nicht geben, denn ein Markt wäre gekennzeichnet nicht nur durch die Möglichkeit, frei anzubieten, sondern auch frei zu wählen. Das ist in der Wohnungswirtschaft aber nicht möglich; es würde nämlich bedeuten, daß immer eine Anzahl Wohnungen zur Auswahl leerstehen müßte. Solchen Wohnraum, der verfällt oder zu anderen Zwecken ungenutzt wird, gibt es zwar (40 000 leerstehende Wohnungen in Westberlin), jedoch aus Profitinteresse. Profit durch möglichst hohe und ständig wachsende Mieteinnahmen, weil diese unmittelbaren Verdienst und Wertsteigerung der Häuser zugleich bedeuten.

Naturgemäß sind Mietwucher, Luxussanierung, Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen usw. Formen von Ausbeutung. Diese zwingt die Menschen in einen Kampf gegeneinander, obwohl eigentlich gemeinsamer Kampf für billigen Wohnraum - gegen die Miethaie) sie verbinden könnte.

Und was tun wir, BesetzerInnen aus Ost, West und ganz Europa? Nun, wir besetzen Wohnraum! Auf daß er uns lange in erschwinglicher Form erhalten bleibt, vernünftig renoviert wird und das Stadtbild weiterhin auf seine eigene, durch die geschichtliche Entwicklung gewachsene Erscheinung prägt!



DIE GATTUNG

▶ HOMO SAPIENS BESETZERUS ◀



Seit Jahren geistert durch die Presse. Seit Dezember '89 machen die HausbesetzerInnen auch in Ostberlin von sich reden. das Phänomen "Hausbesetzung"

Für Sie gibt es sicher reichlich viele Fragen: Woher kommen diese Menschen? Was führt sie zusammen? Was wollen sie überhaupt? Wir, die HausbesetzerInnen, sind ein zusammengewürfelter Haufen unterschiedlichster Menschen: Für uns spielt es keine Rolle, ob jemand studiert, arbeitet oder sich irgendwie durchs Leben schlägt, ob jemand einen blauen, grünen oder lilablaßblauen Paß in der Tasche hat oder ob jemand Frau, Mann oder Transvestit ist. Was uns zusammenführt, ist das Bedürfnis mit vielen sehr unterschiedlichen Menschen zusammenzuleben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und eine Form des Zusammenlebens zu entwickeln, in der Worte wie "Unterdrückung", "Ausbeutung" und "Gewalt" der Vergangenheit angehören. Uns ist klar, daß wir von der Verwirklichung dieser Vorstellungen sehr weit entfernt sind: Zu tief sitzen eine oft autoritäre Erziehung, gesellschaftliche Normen und die Neigung, sich auf Gewohntem auszuruhen. Mit den Hausbesetzungen haben wir uns Freiräume geschaffen, in denen wir unser Bewußtsein schärfen, ein kollektives Zusammenleben ausprobieren und uns damit unserer Utopie von einem selbstbestimmten Leben nähern.

Diese Freiräume schaffen wir uns bewußt, ohne dafür zu bezahlen. Wir sind nicht bereit zu schuften, um einen Großteil unseres Geldes irgendwelchen Miethaien oder Gesellschaftsgeiern in den Rachen zu werfen. Wohnraum und Lebenszusammenhänge, in denen Menschen ihre Persönlichkeit entwickeln können, sind Grundbedürfnisse.



Sie zur Ware zu erklären bedeutet, Menschen von sich bewußten Wesen zu Manövriermasse zu degradieren.

Wir lassen
uns das nicht länger gefallen!



FRAUEN UND WOHNUNGSNOT

Frauen wird traditionell der Bereich des Heims, der Wohnung zugewiesen. Von ihnen wird erwartet, für ein gutes Klima, Gemütlichkeit etc. zu sorgen. Auch wenn viele von uns heute die Möglichkeit haben, sich auch anderen Bereichen zuzuwenden, bestimmt diese Zuschreibung immer noch den Alltag vieler Frauen. Spätestens dann, wenn frau sich entscheidet, ein oder mehrere Kinder zu bekommen.

Deshalb hat Wohnungsnot spezifische Auswirkungen auf Frauen: Eine zu kleine Wohnung bringt automatisch Reibereien und Konflikte mit sich, die hauptsächlich die Frauen zu spüren bekommen.

Frauen verdienen immer noch durchschnittlich weniger als Männer. Im Moment wird dieser Trend durch die sprunghaft ansteigende Frauenarbeitslosigkeit und den Abbau von Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen noch verstärkt. D.h. Frauen können hohe Mieten seltener bezahlen, besonders wenn sie nicht von einem Ernährer abhängig sein wollen.

Die größte Gruppe von SozialhilfeempfängerInnen in der BRD sind alleinerziehende Mütter. Und trotz Wohngeld vermieten die wenigsten Hauseigentümer an eine alleinerziehende Mutter von zwei Kindern, die zudem von Sozialhilfe lebt, da sie keine Unterbringungsmöglichkeit für ihre Kinder hat, wenn sich auf die gleiche Wohnung auch ein gutverdienendes kinderloses Ehepaar beworben hat. Und diese Verhältnisse werden spätestens ab 1.9. auch in Ostberlin Einzug halten.

Außerdem schafft die Schwierigkeit Wohnraum zu finden neue Abhängigkeiten. Die Frauenhäuser platzen aus allen Nähten, weil die Frauen keine Wohnungen finden und viele werden es sich in Zukunft dreimal überlegen, eine Beziehung/Ehe zu beenden, wenn die Aussicht besteht, dadurch auf der Straße zu landen.

Die Notruf-Frauen (Notruf für vergewaltigte Frauen, Tel.: 251 28 28, Westberlin) warnen seit längerem verstärkt vor sexistischen Übergriffen bei Wohnungsbesichtigungen etc.

Und in Westberliner Zeitungen sind Anzeigen von Männern, die ein Zimmer in ihrer Wohnung im Tausch gegen Hausarbeit und (mehr oder weniger deutlich) Sex anbieten, keine Seltenheit.

Das grenzt an Leibeigenschaft und von einem Recht auf Wohnung kann da keine Rede mehr sein.

Demgegenüber wird es zunehmend schwieriger für Frauen/Lesben, die in Frauen-/Lesbenzusammenhängen leben und arbeiten wollen, entsprechende Räumlichkeiten zu finden und bei steigenden Mieten zu halten. Freiräume, die wir uns schon erkämpft haben, wie Frauenzentren oder die Möglichkeit, in Frauen-/Lesben-WGs zu wohnen, etc. geraten so in Gefahr.

Dabei ist es gerade für Frauen wichtig, andere Wohnformen zu entwickeln. Wenn wir uns gegen patriarchale Strukturen wehren wollen, brauchen wir stabile Zusammenhänge untereinander. Das kann vom Kaffeeklatsch unter Nachbarinnen oder gemeinsamer Kinderbetreuung bis zum autonomen Frauen- und Lesbenhaus gehen. Und eben dazu sind ausreichend Räume, die wir für uns nutzen können, eine Grundvoraussetzung.

Hausbesetzungen stellen dabei für uns eine Form dar, uns diesen Raum zu nehmen und andere Strukturen auszuprobieren.

Deshalb fordern wir

- BESETZUNG, SOLANGE DER LEERSTAND REICHT
- KEINE MIETERHÖHUNG UND LUXUSMODERNISIERUNG
- WOHNRAUMVERGABE NACH DEN JEWEILIGEN BEDURFNISSEN;
DAS MUSS AUCH WOHNFORMEN WIE FRAUEN-/LESBEN-WGS
UND -HAUSER EINSCHLIESSEN.



Die Freiräume, die wir uns geschaffen haben, sind keine unberührten Inseln.

Hauswand an Hauswand wohnen MieterInnen; die Behörden wollen eine Kontrolle über die ihnen suspekten Häuser

und ob wir arbeiten gehen oder uns mal wieder auf einen Angriff von Faschisten einstellen - immer sind wir mit der gesellschaftlichen Realität konfrontiert. Wir wollen uns nicht auf unsere Utopie-Inseln "Besetzte Häuser" zurückziehen, sondern uns offensiv mit der gesellschaftlichen Realität auseinandersetzen.

Das fängt im kleinen z.B. beim Kaffeepausch mit den NachbarInnen an, geht über Verhandlungen mit dem Magistrat über Verträge bis hin zu einer Auseinandersetzung mit der politischen, ökologischen und ökonomischen Situation.

Diese Auseinandersetzung führt zu einer politischen Arbeit. Viele von uns beschäftigen sich schon sehr lange mit Themen wie Antifaschismus, Feminismus, Wohnraumpolitik etc. Sie bringen ihre Erfahrungen in die Häuser ein. Es entstehen nach außen politisch handelnde Kollektive. Genau diese Partei-unabhängigen Zusammenhänge sind, ähnlich wie die BürgerInneninitiativen hier in der DDR 1989, den Regierenden ein Dorn im Auge, weil sie durch ihre nichtüberprüfbare Struktur - wir haben kein Vereinsstatut-, ihre Legitimation von der Straße holenden Charakter und ihr außerparlamentarisches Betätigungsfeld unkontrollierbar bleiben.



Für uns sind die Entwicklung eines Zusammenlebens nach unseren, an menschlichen Bedürfnissen ausgerichteten Vorstellungen in den Häusern und eine offensive, unberechenbare Politik auf der Straße untrennbare Bestandteile unserer Identität.

Uns eines dieser Standbeine abzuhacken oder auch nur zu kürzen, kommt einer Verstümmelung gleich, die wir nicht zulassen können. Wir wollen den Fortbestand der Gattung Homo sapiens besetzerus sichern!

Wir werden die Lebensbedingung für diese Gattung und für alle Menschen immer wieder hinterfragen, an ihnen rütteln und verändern! Wir bleiben in den Häusern und auf den Straßen!

Projekte-Träumereien

Aus den Häusern heraus haben sich in den letzten Monaten, je nach Interesse, + Bedürfnis und Notwendigkeit zahlreiche Projekte und Ideen entwickelt, die darauf abzielen aus den Häusern statt reinem Wohnraum Lebenszusammenhänge zu entwickeln. Die bereits laufenden Projekte umfassen grob zwei Bereiche: Zum einen entsteht eine Gegenkultur mit einigen Knei-

pen, Straßenfesten, einer Be-



setzerInnenzeitung, einer Dokumentarfilmgruppe und vielem mehr. Infocafes dienen der Verbreitung von Information über die Häuser an alle Interessierten und der Verbreitung von Meldungen, die z.B. durch die Presse nicht, falsch, oder aus einer anderen Perspektive wiedergegeben werden. Zum anderen bemühen wir uns um autarke Strukturen, es existiert eine Food-Cooperation, mit eigenen Läden, über die die Häuser Lebensmittel bestellen. Dadurch werden mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Produkte aus biologisch-dynamischen Anbau gewährleisten eine gesunde Ernährung. Durch den Verkauf von DDR-Produkten leisten wir einen Beitrag diese vor der Niederwältung durch den Agrarmoloch EG zu bewahren. Durch den Direkteinkauf bei Bauern und LPG's umgehen wir das Lebensmittelmonopol von Aldi, Bolle, Reichelt und Konsorten. Die Lebensmittel werden (auch für AnwohnerInnen) billiger, die Gewinne erhalten die, denen sie zustehen.

Werkstätten werden eingerichtet. Ziel dieser Projekte ist es, über unsere Vorstellungen vom gemeinsamen Leben hinaus unsere Ideen über Zusammenleben zu verwirklichen. Das Gelingen vieler Projekte in nur wenigen Monaten zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Weg sind, unser Leben unabhängig des bestehenden Arbeitszwanges an Fließbändern anonymer Großbetriebe etc. zu gestalten und fähig sind uns von Konsumvorgaben der Großkonzerne und Werbemanager zu lösen. Wir wissen, daß es ein langer und arbeitsreicher Weg ist, sich von den "normalen" Konsumvorgaben zu lösen. Wir wissen, daß wir bis jetzt wenige sind, denen diese Gegenkultur und Anfänge einer Unabhängigkeit wichtiger sind als ein zusammengesparter Daimler oder die Zentralheizung.

Wir wissen aber auch, daß unsere kollektive Arbeit, die Umsetzung unserer Ideen und unsere kleinen Erfolge uns wesentlich mehr Befriedigung bedeuten, als eine Fünf-Tage-Elfenbogenwoche mit anschließender Wochenendausfahrt im auf Raten gekauften Mittelklassewagen.

Natürlich fordern unsere Ideen, Projekte und Konzepte von uns eine Kontinuität, oft viel Nerven und ein behutsames Umgehen mit unseren Kräften. All die Dinge, die gelingen haben ihr Gegengewicht in Fehlschlägen, Pannen und Stress.

Wir machen dennoch weiter, spätestens, wenn vom Mitbewohner, oder der Frau gegenüber die nächste tolle Idee kommt, werden die Ärmel hochgekrepelt. Wäre doch gelacht, wenn das Cafe nicht in zwei Wochen eröffnet, die Fahrradwerkstatt nicht nächsten Monat eingerichtet, oder das Kino nicht in drei Wochen die ersten Filme zeigt.

Die Ideen gehen uns sicher nicht aus; die Realisierung muß manche Hürde nehmen; aber am Ende steht immer ein (kleiner) Erfolg! Besuchen Sie uns doch einfach mal in einer der Kneipen, im Infocafe oder auf einem Straßen- oder Hoffest.

IN ERWÄGUNG

DAB DA HÄUSER
STEHEN

WÄHREND IHR UNS

OHNE

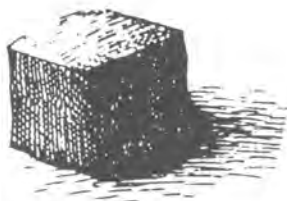
BLEIBE LABT

HABEN WIR BESCHLOSSEN

JETZ
HIER

EINZUZIEHEN
WEIL ES UNS

IN UNSEREN LÖCHERN
NICHT MEHR LABT !



Quo vadis Hausbesetzung?

130 oder so sind es inzwischen in Berlin- 130 besetzte Häuser!
Zu Anfang setzte sich etwas neues, buntes und unverständliches
in den Kiezen fest: der Punk in der Kaufhaller, die Schwulen-
kommune im Maus gegenüber und Transparente an fast jedem Haus.

Inzwischen gehört der Haufen zum Straßenbild. Kneipen und
Kooperativen entstehen. Viele von Ihnen schauen verdutzt hin.

Sie wissen nicht, was Sie von den abenteuerlichen Gestalten
halten sollen: "Verbrecher", wie einige deutsche Saubermänner
von sich geben, oder InstandbesetzerInnen, die die Bausubstanz
im Kiez retten?

Wir wollen nicht suspekte Fremdkörper sein, sondern mit Ihnen
zusammen im Kiez leben. Deshalb versuchen wir u.a. mit dieser
Broschüre etwas Licht hinter unsere Fassaden zu bringne. Zum
anderen liegt uns natürlich viel daran, in unserem "Anderssein"
Teil dieses Kiezes zu werden und ihn gemeinsam mit Ihnen zu ge-
stalten - und nicht von Bonzen, Betonplanern und Politbürokraten
verplanen zu lassen.

Ansätze dazu sind ein regelmäßiges Treffen mit Bürgerkomitees
und Parteien, die Arbeit an einem Kinderspielplatz in der
Mainzer Str. gemeinsam mit AnwohnerInnen oder das gemeinsam
organisierte Straßenfest in der Rigaer Straße.

Uns allen hier im Kiez weht ein scharfer Westwind ins Gesicht:

Die Vertragsverhandlungen mit den besetzten Häusern wurden vom
Magistrat abgebrochen und die Polizei setzt alles daran, den
besetzten Häusern ein kriminelles Potential unterzujubeln.

Sie sind von Arbeitslosigkeit, Mieterhöhungen, Streichung von
Kindergartenplätzen etc. betroffen. In dieser Phase ein zwar
vereint, aber umso ungleicheren Deutschland gibt es für uns
ein Verstecken: Schwulen-, Lesben-, Frauen-, linke, anti-
schistische Politik sind nötiger denn je. Für uns heißt das

auch soziale Mißstände in der Ex-DDR benennen und sie solidarisch
überwinden. Unsere Art des Zusammenlebens ist ein Versuch in
diese Richtung. Gemeinsam mit Ihnen können wir uns einen Kiez
für alle BewohnerInnen erarbeiten.

1 unserer Broschüre beschäftigen wir uns mit Wohnraum, ge-
mietetem und besetztem. Sie kann immer nur ein Diskussionsan-
satz sein und wir hoffen, Sie nutzen sie, um sich zu informieren,
mit uns ins Gespräch zu kommen und auch, um sich mit uns zu
teilen.

1. Situation in Ostberlin

1,4 Millionen Menschen leben derzeit in Ostberlin, davon haben 85.300 Wohnungsanträge gestellt. 38.000 mit Dringlichkeit (alleinstehende Mütter, Familie mit Kindern und SchichtarbeiterInnen). Dagegen stehen ca. 25 - 37.000 Wohnungen leer. Wie kam es dazu? Ausschlaggebend ist die Baupolitik der 70er Jahre, in denen Neubauviertel in Plattenbauweise hochgezogen wurden, um die Versprechungen dem Volk gegenüber "jeder DDR-Bürger hat das Recht, über angemessenen Wohnraum zu verfügen", zu realisieren (im Gegensatz zum Westen, wo der Staat nur in eringem Umfang eingreift und den Wohnungsbau der freien Marktwirtschaft überläßt). Der Fehler dabei war, daß die Sanierung vieler Altbauwohnungen vernachlässigt wurde, die dann entweder abgerissen wurden um Neubauten zu errichten oder einfach leer stehen. Trotz Wohnraumlentkung, Mietpreisbindung und vollem Kündigungsschutz kam es zur Unzufriedenheit in der DDR-Bevölkerung, z. B. sind viele Familien mit Kinder gezwungen, auf zu engem Wohnraum leben zu müssen.

Damit ist jetzt Schluß!

3

Am 1.9.90 wird der DDR-Wohnungspolitik der Garaus gemacht. Abschaffung der Wohnraumlentkung, Aufhebung der Mietpreisbindung: im Großen und Ganzen ist Wohnraum kein Menschenrecht mehr sondern eine Ware, die der Mieter kräftig zu bezahlen hat. Davon ist in der Presse allerdings nicht die Rede. Das Zauberwort heißt Wohnberechtigungsschein (WBS), worauf jede DDR-Bürgerin und jeder DDR-Bürger Anspruch hat. WBS bedeutet allerdings keine Wohnraumzuweisung, sondern berechtigt lediglich dazu, sich um eine kommunale oder Genossenschaftswohnung zu bewerben. Wirft man einen Blick auf Westberlin wird deutlich, daß dieser Schein völlig nutzlos und überflüssig ist: 80.000 WBS-Berechtigte.

43.000 mit Dringlichkeit, die keine Wohnung finden. Dies ist Resultat der mieter- und menschenunwürdigen Wohnungsbaupolitik die im Westen betrieben wird und jetzt auf uns alle zukommt.

Die KVV wurde in westliche Wohnungsbaugesellschaften umgewandelt, um nicht zu sagen annektiert. Für Friedrichshain ist die GSW zuständig. In den anderen Bezirken sitzen u.a. Stadt und Land, WIR (die ehemalige Neue Heimat)... Somit ist der Startschuß für Spekulanten, Baumafiosis und Miethaie gegeben (deren Maxime schon immer "Wohnungsbau nur bei Profit" hieß), um aus dem Grundbedürfnis Wohnen den höchstmöglichen Gewinn herauszuschlagen. Jede Mieterhöhung ist eine reale Lohnkürzung die uns zwingt mehr zu arbeiten oder unseren Lebensstandard zu senken. Dazu ein kurzer Abriss der Westberliner Wohnungsbaupolitik in den letzten Jahren.



"Glauben Sie mir, es ist langfristig alles nur zu Ihrem besten!"

2. Wohnungsbaupolitik in Westberlin

In den ersten Nachkriegsjahren beschränkte sich die Bautätigkeit auf die Beseitigung der Trümmerrmassen sowie die Instandsetzung der zerstörten Häuser. Zwischen 1949 und 1952 entstanden rund 70% der Neubaumietwohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Sozialer Wohnungsbau heißt, daß eine Höchstmiete festgelegt ist, die Wohnungen unterliegen einer Mietpreisbindung. Um die Differenz zur "tatsächlichen" (= gewinnbringenden) Miete auszugleichen, vergibt der Staat/Senat an die Bauträger zinslose Darlehen, Subventionen usw. um deren Profit zu sichern. Diese Fördergelder holt sich der Staat in Form von Steuern wieder von den Mietern.

Mit Beginn der 60er Jahre ließ der soziale Wohnungsbau nach, der Wohnungsmarkt unterliegt mehr und mehr kapitalistischen Gesetzen, parallel dazu ist ein Ansteigen der Mieten zu verzeichnen. Das Hauptgewicht der Bautätigkeiten verlagert sich auf die Neuerrichtung von Großsiedlungen (Märkisches Viertel, Gropiusstadt), bzw. auf den Abriß von ganzen Straßenzügen (Wedding-Brunnenstraße u.v.m), wird auch Kahlschlagsanierung genannt, um auf den entstandenen Freiflächen neue Mietskasernen zu bauen. Die Mieten für die Wohnungen in den Mietskasernen waren schon damals, obwohl es sich um Sozialwohnungsbau handelte, teurer als die Mieten für die



mietpreisgebundenen Altbauwohnungen. Da sie jedoch mit scheinbar mehr Komfort ausgestattet waren, zogen Mieter ein und ließen sich dadurch aus ihrem angestammten Stadtteil in die Randbezirke drängen. Die dicken Profite steckten die angeblich "gemeinnützigen" Wohnungsbaugesellschaften ein, die maßgeblich an diesen Projekten beteiligt waren. Zur selben Zeit wurden aufgrund des Wirtschaftsbooms und des damit einhergehenden Arbeitskräftemangel 100.000de Immigranten und Immigrantinnen aus südeuropäischen Ländern in die BRD und nach Westberlin geholt. Da diese auch Wohnraum benötigten, wurden sie in die noch vorhandenen, nicht sanierten Häuser gesteckt, die damit eine vorläufige Funktion bekamen.

Ende der 60er Jahre wurde der soziale Wohnungsbau und damit der Großsiedlungsbau weiter reduziert, da es sich um den Staat um einen Zuschußbetrieb handelte und überlegt wurde, wie er in einen profitableren Teil des Marktes überführt werden könnte. 1969 wurde ein neues Förderungsgesetz erlassen das nicht mehr die Bauprojekte an sich, sondern nur noch die Zinslasten des Bauherren, förderte. Nun bestimmten verstärkt private Bauherren/Baufirmen den Wohnungsmarkt.

Der Wohnungsbau konzentrierte sich nunmehr auf die Sanierung alter Häuser oder aber deren Abriß, wobei es kräftige Fördergelder von seiten des Staates/Senats gab. Da die Bauindustrie wegen ihres Maschinenparks darauf eingerichtet war Freiflächen zu bebauen, war ein Grundstück umso wertvoller, je haufälliger und herabgewirtschafteter das darauf stehende Haus war. So war es nämlich einfacher, eine Abrißgenehmigung zu bekommen. Spekulanten und später



"Bloß nichts gefallen lassen!"

Sanierungsträger die darauf setzten, daß die Wohnungsknappheit sich verschärft und somit die Grundstückspreise in die Höhe getrieben werden, kauften Grundstücke mit Häusern und vertrieben die Mieter indem sie die notwendigen Instandsetzungsarbeiten unterließen. Dies war umso einfacher, da diese Häuser oft von ausländischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen bewohnt waren. Diese waren kaum in der Lage sich zu wehren. Wehrten die Mieter sich gegen die Entmietung wurden rabiante Methoden wie Beschädigungen der Dächer, abstellen von Strom und Gas, angewandt. Danach wurde modernisiert oder abgerissen und neugebaut, was beides die selben Folgen hatte: um einiges teureren Wohnraum, die Neubauten unterlagen nicht der damals noch bestehenden Mietpreisbindung für Altbauten; modernisierte Altbauwohnungen wurden in Eigentumswohnungen verwandelt und gewinnbringend verkauft.

Den Gewinn machten die Spekulanten bzw. Sanierungsträger, da sie sich die Kosten für die Modernisierung bzw. Neubau zu mindestens 70% vom Staat/Senat in Form von Subventionen bezahlen ließen, die weitaus höheren Mieten jedoch selbst als Gewinn einstrichen.

Das Nachsehen hatten die ehemaligen Mieter und Mieterinnen, deren Stadteilstruktur zum einen zerstört wurde, zum anderen viele aus dem Stadtteil vertrieben wurden, da die neuen Mieten für sie unbezahlbar wurden.

Viele Mieter und Mieterinnen schlossen sich in Bürger- oder Mieterinitiativen zusammen um gegen die Politik der Entmietung und Modernisierung zu protestieren, doch änderte der Staat seine Politik nicht. Im Februar 1979 wurden zum ersten Mal leerstehende Wohnungen von Menschen besetzt um diese instand zu setzen.

Die Motivation dieser Leute war:
Steigende Zahl von Wohnungssuchenden während
im Kiez Wohnungen leerstanden. Durch die in
den Jahren zuvor praktizierte
Kahlschlagsanierung hatte sich das Angebot
an bezahlbarem Wohnraum verringert. Die
höheren Mieten der durch Modernisierung oder
Neubau entstandenen Wohnungen waren für
weniger verdienende Mieter nicht bezahlbar.
Als Alternative dazu sollten die noch
leerstehenden Wohnungen kostengünstig
instandgesetzt (nicht luxusmodernisiert) und
danach zu angemessenem Preis vermietet
werden. Denn teuer modernisierte Wohnungen
nützen im Endeffekt nur den Spekulanten,
Miethaien und Wohnungsbaugesellschaften,
deren Profit damit erhöht wird.

In den folgenden Monaten und Jahren kam es
zu vermehrten Besetzungen, da sich die
Wohnungsnot ständig verschärfte (1980 waren
80.000 Wohnungssuchende registriert), der
Senat jedoch keine Schritte unternahm, gegen
dieses Problem wirkungsvolle Maßnahmen
einzuleiten. Zwar wollte der damalige
Bausenator im September 1980 ein Programm

für "Klein-Instandsetzungen" erstellen
lassen sowie den Wohnungsleerstand
erschweren, doch reichte dies bei weitem
nicht aus. Die Wurzel der Wohnungsnot (die
damals von 35% der Westberliner und -
berlinerinnen als das wichtigste Problem der
Stadt angesehen wurde) wurde damit nicht
bekämpft.

Die Fronten zwischen den Besetzer und
Besetzerinnen und dem
Senat/Wohnungsbaugesellschaften/Besitzern
verhärteten sich. Von seiten des Staates
wurden Versuche zur Kriminalisierung der
Besetzer und Besetzerinnen unternommen, was
u.a. als Vorwand dazu diente die Häuser zu
räumen. 8

Das von manchen Gruppen oder Parteien (z.B. Reps) aufgeführte Argument, an dem Problem der Wohnungsnot wären die hier lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger schuld, d.h. durch eine Vertreibung dieser Personengruppen (sei es durch die geforderte Familienzusammenführung, Nachzugsschwierigkeiten, Abschiebung von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen) könnte das Wohnungsproblem gelöst werden, stimmt einfach nicht. Würde dadurch auch kurzfristig eine Steigerung des Wohnungsangebotes erreicht, dann stiegen die Mieten nicht so sprunghaft an und die Spekulanten und Miethaie hätten Gewinnverlust. Das hätte zur Folge, daß Wohnraumverknappung künstlich hergestellt werden würde da das wichtigste die Profite dieser sind, an der Wohnungsnot hätte sich jedoch nichts geändert. Die Wurzeln des Problems liegen woanders.

Zwischenzeitlich gibt es in Westberlin kaum noch leerstehende Wohnungen die zu spekulativen Zwecken benützt werden könnten. Kein Wunder, daß Miethaie und Spekulanten jetzt und in Zukunft alles daran setzen werden Häuser, egal in welchem Zustand, zu erwerben. Nicht um Wohnraum zu schaffen um die herrschende Wohnungsnot in Ost- und Westberlin zu beseitigen, sondern einzig um damit zu spekulieren, luxuzumodernisieren und den größtmöglichen Gewinn zu erlangen. Dies trifft ebenfalls auf die Wohnbaugesellschaften zu. (Siehe oben).

Keine Profitmacherei mit Wohnraum!!!

Miethaie zu Fischstäbchen!!!

70



18

Eine kleine Chronologie der Verhandlungen des Vertragsgremiums der besetzten Häuser mit dem Magistrat von Berlin

- 22.06.90 Das Vertragsgremium (VG) entsteht aus dem B-Rat heraus in der Einsicht, daß Einzelverhandlungen mit den jeweils zuständigen Behörden völlig ergebnislos verliefen.
- 27.06.90 Das VG erscheint zum ersten Mal beim Magistrat von Berlin (MvB). Da von Seiten des MvBs kein kompetenter Vertreter vorhanden ist, wird ein zweites Treffen am 04.07.90 vereinbart.
- 04.07.90 Das VG trifft auf einen Herrn Holzinger, der vom Stadtrat Dr. Thurmann autorisiert erscheint. Bei diesem Termin wird protokollarisch vereinbart, daß beide Seiten an einer friedlichen Lösung interessiert sind. Des weiteren werden konkrete "Aktivitäten" protokollarisch festgehalten, die von Seiten des VGs am 12.09.90 mit der Abgabe der Winterfestmachungslisten in allen Punkten erfüllt wurde.
- 20.07.90 Beim MvB wird eine vom VG erarbeitete Vorvereinbarung, die sich inhaltlich auf die protokollarischen Zusagen vom 04.07.90 stützt, abgegeben. In dieser wird insbesondere eine Nicht-Räumungs-Absicht und eine rechtzeitige Winterfestmachung formuliert.
- 24.07.90 Der MvB verkündet die sogenannte "Berliner Linie" und richtet eine Projektgruppe "Hausbesetzungen" ein, in der die Betroffenen nicht vertreten sind.
- 27.07.90 Der MvB lehnt die am 20.07.90 eingereichte Vorvereinbarung aus juristischen Gründen ab, läßt aber durch seinen Justitiar ausrichten, daß der MvB bereit sei, von sich aus eine Vorvereinbarung auszuformulieren.
- 03.08.90 Der MvB überreicht dem VG die schon angekündigte Vorvereinbarung, die inhaltlich aber weit hinter den protokollarischen Zusagen vom 04.07.90 zurückbleibt.
- 24.08.90 In einem offenen Brief des VGs an den MvB wird erneut gefordert, daß sich der MvB gemäß seinem Beschluß vom 24.07.90 als politischer Vermittler betätigt und dafür Sorge trägt, daß die jeweiligen Bezirksvertreter, Wohnungsbau-GmbHs und alle anderen Betroffenen an einen Verhandlungstisch zusammenkommen.

30.08.90 Es kommt zu einer erneuten Verhandlungsrunde zwischen VG und MvB, in der der MvB die Forderungen insgesamt ablehnt und sich für nicht zuständig erklärt.

12.09.90 Da der Herbst nun immer näherrückt und den besetzten Häusern vom MvB Winterfestmachungsgelder in Aussicht gestellt wurden, werden vom VG die geforderten Winterfestmachungs-Listen beim MvB abgegeben, damit zumindest von seiten der besetzten Häuser alles Notwendige getan wird, um die Häuser noch rechtzeitig wenigstens notdürftig winterfest zu machen. Auch darauf ist bis heute vom MvB nicht reagiert worden.

25.09.90 Ein erster Verhandlungstermin zwischen VG, dessen Rechtsanwalt und Herrn Martini für den MvB verläuft scheinbar produktiv. Es wird in Aussicht gestellt, daß eine in beiderseitigem Interesse liegende Vorvereinbarung in Kürze unterschriftsreif sein könnte.

04.10.90 Ein weiterer Termin, in dem die verschiedenen Fassungen der Vorvereinbarung zu einem gemeinsamen, von VG und MvB tragbaren Kompromiß erarbeitet werden sollten, scheitert daran, daß Herr Martini, der mittlerweile Herrn Holzinger als Magistratsvertreter abgelöst hat, zur angegebenen Zeit nicht da ist.

08.10.90 Wiederum findet ein Treffen mit Herrn Martini statt, in dem nun endlich, wie schon einige Male vorher, an der Vorvereinbarung gearbeitet werden sollte. Herr Martini erklärt aber den - mittlerweile von den jeweiligen Hausvereinen bevollmächtigten - VertreterInnen des VGs, daß eine Vorvereinbarung nicht zustandekommen wird, der MvB daran auch kein Interesse hat. Im übrigen sei mit dem Magistratsbeschluß vom 24.07.90 alles hinreichend geregelt. Auch bei den Häusern, bei denen unzweifelhaft die Eigentumsrechte bei der Stadt liegen, wird der MvB mit vertraglichen Lösungen nicht vorpreschen.

Trotz alledem ist das VG weiterhin bereit, weitere Verhandlungen zu führen, da es gerade mit der Absicht ins Leben gerufen wurde, möglichst rasch vertragliche Lösungen herbeizuführen, die einen Erhalt der betroffenen Häuser und die Nutzungsberechtigung der InstandbesetzerInnen beinhalten.

Im übrigen sind die Häuser nun darauf angewiesen, die Winterfestmachung, und somit den Erhalt der Bausubstanz, durch Spenden und Eigenarbeit selbst in die Wege zu leiten.

19